

Der Minister

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Datum: 31. Juli 2019

Seite 1 von 2

An den
Präsidenten
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL

Düsseldorf

Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

**Vorlage
17/2318**

A01

Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben

ORR'in Christine Johannes
Telefon 0211 855-3427
Telefax 0211 855-
christine.johannes@mags.nrw.
de

**Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Pflegeberufes-
gesetzes in Nordrhein-Westfalen (Durchführungsverordnung
Pflegeberufegesetz – DVO-PfIBG)**

Hier: Anhörung des fachlichen zuständigen Ausschusses

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

als Anlage übersende ich den vom Kabinett gebilligten Entwurf der
Verordnung zur Durchführung des Pflegeberufegesetzes zur Anhörung
des fachlich zuständigen Ausschusses.

Die Verordnung schafft auf Landesebene Rechtssicherheit für
wesentliche Teilbereiche bei der Umsetzung der generalistischen
Pflegeausbildung. Sie enthält u.a. Ausführungen zur Geeignetheit von
Einrichtungen zur Durchführung der praktischen Ausbildung, zur
Mindestanforderung an Pflegeschulen, zur Überprüfung der
Studiengangskonzepte und Ersetzung von Praxiseinsätzen in
Einrichtungen durch praktische Lerneinheiten an der Hochschule nach
§ 38 Pflegeberufegesetz (PfIBG) sowie zur einrichtungsbezogenen
Berechnung der Umlagebeträge bei Pflegeeinrichtungen und zum
Ausbildungsbeginn. Sie ist bis zum 31. Dezember 2029 befristet.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Fürstenwall 25,
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 855-5
Telefax 0211 855-3683
poststelle@mags.nrw.de
www.mags.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linie 709
Haltestelle: Stadttor
Rheinbahn Linien 708, 732
Haltestelle: Polizeipräsidium

Im Jahr 2022 und danach alle zwei Jahre soll der Landesregierung über die Notwendigkeit des Fortbestehens der in § 2 der Verordnung getroffenen Regelung zu den Mindestanforderungen an Pflegeschulen berichtet werden.

Im Übrigen wird auf die ebenfalls beigefügte Begründung verwiesen.

— Zum Inkrafttreten dieser Verordnung bedarf es der vorherigen Anhörung des zuständigen Ausschusses des Landtags. Dabei gehe ich davon aus, dass der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu hören sein wird.

— Ich bitte Sie, die entsprechende Weiterleitung der beigefügten Kopien dieser Vorlage zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen



(Karl-Josef Laumann)

1 Anlage (60-fach)

**Verordnung
zur Durchführung des Pflegeberufgesetzes
in Nordrhein-Westfalen
(Durchführungsverordnung Pflegeberufgesetz - DVO-PfIBG NRW)**

Vom X. Monat 2019

Auf Grund des § 4 Nummer 2, 3, 5, 7 bis 9 des Landesausführungsgesetzes Pflegeberufe vom 18. Dezember 2018 (GV. NRW. S. 767) verordnet das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales nach Anhörung des für Pflegeberufe zuständigen Ausschusses des Landtags:

**§ 1
Geeignetheit von Einrichtungen
zur Durchführung der praktischen Ausbildung**

(1) Für den Bereich der pädiatrischen Versorgung sind Einrichtungen nach § 7 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 5 des Pflegeberufgesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2581) zur Durchführung von Teilen der praktischen Ausbildung geeignet, wenn sie Ausbildungsinhalte und Kompetenzen nach den Anlagen 2 und 3 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vom 2. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1572) vermitteln. Hierzu kommen neben den Einrichtungen der akuten pädiatrischen Versorgung wie pädiatrischen Krankenhäusern und pädiatrischen Krankenhausabteilungen und -stationen insbesondere die folgenden Einrichtungen und Dienste im Bereich der Kuration, Prävention und Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen in Betracht, sofern sie die in Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllen:

1. weitere Krankenhausabteilungen und -stationen,
2. Geburtshilfeeinrichtungen und Wochenstationen,
3. Praxen der kinderärztlichen Versorgung,
4. ambulante Kinderkrankenpflegedienste,
5. ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen für beatmungspflichtige Kinder und Jugendliche,
6. ambulante und stationäre Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe für Kinder und Jugendliche mit Pflegebedarf,
7. Einrichtungen für pflegebedürftige Kinder und Jugendliche,
8. ambulante und stationäre Rehabilitationseinrichtungen mit Angeboten für Kinder und Jugendliche sowie
9. integrative Kindergärten und integrative Kindertagesstätten, in denen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder Erkrankungen eine pflegerische Versorgung benötigen.

(2) Für den Bereich der allgemein-, geronto-, kinder- oder jugendpsychiatrischen Versorgung sind Einrichtungen nach § 7 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 5 des Pflegeberufgesetzes zur Durchführung von Teilen der praktischen Ausbildung geeignet, wenn sie Ausbildungsinhalte und Kompetenzen nach der Anlage 2 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vermitteln. Hierzu kommen insbesondere die folgenden Einrichtungen in Betracht, sofern sie die in Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllen:

1. psychiatrische Kliniken,
2. gerontopsychiatrische Einrichtungen oder entsprechende Teilbereiche von Einrichtungen,
3. Kinder- und Jugendpsychiatrien,

4. Einrichtungen der interdisziplinären Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Intelligenzminderung und komorbiden psychischen Erkrankungen,
5. forensische Jugendpsychiatrien,
6. forensische Kliniken,
7. stationäre Einrichtungen für psychisch Kranke oder Suchtkranke,
8. Werkstätten für psychisch erkrankte Menschen,
9. ambulant betreute Wohngruppen für psychisch erkrankte Menschen,
10. Wohngemeinschaften für demenzerkrankte Menschen,
11. psychiatrische Institutsambulanzen,
12. psychiatrische Krisendienste,
13. stationsäquivalente psychiatrische Behandlungsteams sowie
14. ambulant psychiatrische Pflegedienste.

(3) Für die Durchführung von Teilen der praktischen Ausbildung in den weiteren Einsätzen nach § 7 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 5 des Pflegeberufgesetzes und Anlage 7 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung sind insbesondere die folgenden Einrichtungen der Pflegeberatung, Rehabilitation, Palliation und Sterbebegleitung geeignet, sofern sie Ausbildungsinhalte und Kompetenzen nach der Anlage 2 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vermitteln:

1. Betreuungs- und Beratungseinrichtungen für Patientinnen und Patienten, Familien und pflegende Angehörige,
 2. Jugendämter, in denen Kinder und Jugendliche und deren Familien begleitet werden,
 3. Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe,
 4. sozialpädiatrische Stellen,
 5. Pflegestützpunkte,
 6. Gesundheitsämter, in denen Beratungen, Untersuchungen und Maßnahmen der Gesundheitsförderung durchgeführt werden,
 7. Gesundheitszentren,
 8. sozialpädiatrische und sozialpsychiatrische Zentren,
 9. ambulante und stationäre Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Pflegebedarf,
 10. Werkstätten für Menschen mit Behinderungen,
 11. Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialversicherungssystems wie der Medizinische Dienst der Krankenversicherung und Krankenkassen, in denen Beratungen stattfinden und weitere Serviceangebote vorgehalten werden,
 12. ambulante und stationäre Rehabilitationseinrichtungen,
 13. Dialysezentren,
 14. Intensivpflegeeinrichtungen,
 15. ambulante und stationäre Hospize und ambulante und stationäre Einrichtungen und Dienste der Palliativpflege, in denen schwerstkranke und sterbende Menschen palliativ versorgt, gepflegt, begleitet oder unterstützt werden,
 16. Einrichtungen, in denen eine Auseinandersetzung mit den Themen Sterben, Tod und Trauer stattfindet und die für Betroffene und Angehörige Unterstützungsangebote bereithalten,
 17. Justizvollzugskrankenhäuser Nordrhein-Westfalen und Krankenpflegedienste in den Justizvollzugseinrichtungen,
 18. Privatkrankenanstalten nach § 30 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel 5 Absatz 11 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) geändert worden ist sowie
 19. regionale Fachstellen und Projekte mit pflegerischem Bezug.
- Im Übrigen können auch die in den Absätzen 1 und 2 genannten Einrichtungen für die Durchführung von Teilen der praktischen Ausbildung im Bereich der weiteren Einsätze

geeignet sein. Bei Ausübung des Wahlrechts nach § 59 Absatz 2 des Pflegeberufgesetzes darf der weitere Einsatz nach Satz 1 nur in Bereichen der Versorgung von Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden. Bei Ausübung des Wahlrechts nach § 59 Absatz 3 des Pflegeberufgesetzes darf der weitere Einsatz nur in Bereichen der Versorgung von alten Menschen durchgeführt werden.

(4) In den Einrichtungen muss ein angemessenes Verhältnis von Auszubildenden zu Pflegefachkräften nach § 7 Absatz 5 des Pflegeberufgesetzes gewährleistet sein. § 3 Absatz 4 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung gilt entsprechend.

(5) Die nach § 6 Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 und 7 der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe vom 20. Mai 2008 (GV. NRW. S. 458) in der jeweils geltenden Fassung zuständigen Bezirksregierungen können im Einzelfall die Durchführung von Teilen der praktischen Ausbildung an weiteren geeigneten Einrichtungen genehmigen. Dies gilt insbesondere, soweit Teile der praktischen Ausbildung im Rahmen von Austauschprogrammen stattfinden.

§ 2

Mindestanforderungen an Pflegeschulen

Abweichend von § 9 Absatz 2 Satz 1 des Pflegeberufgesetzes muss bis zum 31. Dezember 2029 das Verhältnis hauptberuflicher Lehrkräfte zur Zahl der Ausbildungsplätze einer Vollzeitstelle auf 25 Ausbildungsplätze entsprechen. In der Ausbildung an Pflegeschulen soll die Anzahl der Auszubildenden pro Kurs bei 25 liegen. Eine Kursgröße von bis zu 28 Auszubildenden kann zugelassen werden, wenn die Pflegeschule dies gegenüber der zuständigen Bezirksregierung anzeigt. Die zuständigen Bezirksregierungen können auf Antrag der jeweiligen Pflegeschule in begründeten Einzelfällen Ausnahmen von der in Satz 2 festgelegten Kursgröße zulassen.

§ 3

Überprüfung der Studiengangskonzepte nach § 38 Absatz 2 des Pflegeberufgesetzes

(1) Das gemäß § 6 Absatz 6 der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe zuständige Ministerium überprüft die Vereinbarkeit der Studiengangskonzepte mit den Vorgaben der §§ 37 bis 39 des Pflegeberufgesetzes und der §§ 30 bis 40 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung. Hierbei überprüft es insbesondere

1. ob mit dem jeweiligen Studiengangskonzept die Ausbildungsziele nach § 37 des Pflegeberufgesetzes erreicht werden und die erforderlichen Kompetenzen nach § 37 des Pflegeberufgesetzes sowie nach Anlage 5 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vermittelt werden,
2. inwieweit die Hochschule im Rahmen der ihr obliegenden Ausgestaltung des Studiums die Vermittlung zusätzlicher Kompetenzen nach § 37 Absatz 4 des Pflegeberufgesetzes vorgesehen hat und ob das Erreichen des Ausbildungsziels hierdurch nicht gefährdet wird,
3. das Vorliegen eines modularen Curriculums zur Durchführung der theoretischen und praktischen Lehrveranstaltungen, das auf der Grundlage der Ausbildungsziele nach § 37 des Pflegeberufgesetzes und der Vorgaben der Anlage 5 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung erstellt wurde,
4. ob die Hochschule über schriftliche Kooperationsverträge mit den Einrichtungen der Praxiseinsätze die Durchführung der Praxiseinsätze gewährleistet,
5. ob bei den Praxiseinsätzen sowohl die Praxisanleitung durch die Einrichtungen als auch die Praxisbegleitung der Studierenden durch die Hochschule in angemessenem Umfang gewährleistet werden,

6. ob bei einer Ersetzung der Praxiseinsätze in Einrichtungen durch praktische Lerneinheiten an der Hochschule die Voraussetzungen des § 4 eingehalten werden,
 7. ob die Gesamtverantwortung der Hochschule für die Koordination der theoretischen und praktischen Lehrveranstaltungen mit den Praxiseinsätzen angemessen verankert ist,
 8. ob die Ausgestaltung des Studiums die Vorgaben der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 093 vom 4.4.2008, S. 28; L 033 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115; L 177 vom 8.7.2018, S. 60; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 095 vom 9.4.2016, S. 20), die zuletzt durch Delegierten Beschluss (EU) 2019/608 (ABl. L 104 vom 15.4.2019, S. 1) geändert worden ist, beachtet und die hochschulische Pflegeausbildung einen Arbeitsaufwand der Studierenden von jeweils insgesamt mindestens 4 600 Stunden umfasst,
 9. ob von den 4 600 Stunden mindestens 2 100 Stunden auf die Lehrveranstaltungen und mindestens 2 300 Stunden auf die Praxiseinsätze in Einrichtungen nach § 7 des Pflegeberufgesetzes entfallen,
 10. ob die modularisierten Abschlussprüfungen zum schriftlichen, mündlichen und praktischen Teil so ausgestaltet sind, dass die erforderlichen berufsfachlichen Kompetenzen nach den Anlagen der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung geprüft werden sowie
 11. ob die jeweilige Hochschule eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung vorlegt, aus der die Durchführung der hochschulischen Pflegeausbildung und die Prüfungsmodalitäten nach den Vorgaben von Teil 3 des Pflegeberufgesetzes und Teil 3 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung insgesamt hervorgehen; die Stundenzahl kann zusätzlich in der entsprechenden Anzahl von Punkten nach dem European Credit Transfer System (ECTS-Punkte) ausgedrückt werden.
- (2) Wesentliche Änderungen der Studiengangskonzepte nach Abschluss des Akkreditierungsverfahrens unterliegen ebenfalls der Überprüfung durch das für Pflegeberufe zuständige Ministerium.
- (3) Gemäß § 39 Absatz 3 Satz 1 des Pflegeberufgesetzes in Verbindung mit § 1 des Landesausführungsgesetzes Pflegeberufe vom 18. Dezember 2018 (GV. NRW. S. 767) legt die Hochschule mit Zustimmung des für die Pflegeberufe zuständigen Ministeriums die Module nach § 39 Absatz 2 Satz 1 des Pflegeberufgesetzes fest.

§ 4

Ersetzung von Praxiseinsätzen in Einrichtungen durch praktische Lerneinheiten an der Hochschule nach § 38 Absatz 3 Satz 4 des Pflegeberufgesetzes

- (1) Das für Pflegeberufe zuständige Ministerium kann gemäß § 38 Absatz 3 Satz 4 des Pflegeberufgesetzes in Verbindung mit § 1 Nummer 3 des Landesausführungsgesetzes Pflegeberufe auf Antrag der Hochschule die Ersetzung von Praxiseinsätzen in Einrichtungen durch praktische Lerneinheiten an der Hochschule genehmigen.
- (2) Die Ersetzung nach Absatz 1 ist im Einzelfall bis zu einem Umfang von 10 Prozent (230 Stunden) zulässig, sofern die Hochschule den Nachweis erbringt, dass
 1. geeignete Räumlichkeiten mit einer entsprechenden sächlichen Ausstattung in ausreichendem Umfang für praktische Lerneinheiten nachgewiesen werden können und
 2. die Ersetzung von Praxiseinheiten durch praktische Lerneinheiten konzeptionell gestaltet wurde; in dem Konzept sind Inhalt und Umfang der jeweils zu erlernenden pflegepraktischen Fertigkeit auszuweisen und die Kompetenzziele zu benennen und in den Nachweis der konzeptuellen Gestaltung sind die pflegefachlichen Qualifikationsanforderungen an das Lehrpersonal einzubringen.

Im Übrigen ist die Ersetzung nach Satz 1 bis zu einem Umfang von 5 Prozent (115 Stunden) zulässig, sofern geeignete Räumlichkeiten mit einer entsprechenden sächlichen Ausstattung in ausreichendem Umfang für praktische Lerneinheiten nachgewiesen werden können.

(3) Die Hochschule legt mit dem Antrag nach Absatz 1 nach der Vorgabe des § 30 Absatz 5 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung in einem Konzept dar, dass das Ziel der Praxiseinsätze, insbesondere das Ziel, als Mitglied eines Pflorgeteams in unmittelbarem Kontakt mit zu pflegenden Menschen zu lernen, nicht gefährdet wird. Der Antrag ist spätestens mit der Einleitung des Akkreditierungsverfahrens einzureichen. Ausnahmen hierzu können in begründeten Einzelfällen durch das für die Pflegeberufe zuständige Ministerium zugelassen werden.

§ 5

Einrichtungsbezogene Berechnung der Umlagebeträge bei Pflegeeinrichtungen

(1) Erfolgt bis zum Meldezeitpunkt gemäß § 11 Absatz 2 bis 4 oder § 18 Absatz 2 Satz 2 der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung vom 2. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1622) keine Meldung oder keine vollständige Meldung oder liegen aufgrund des Zeitpunktes des Betriebsbeginns keine vollständigen Daten vor, stellt die zuständige Stelle nach § 1 der Pflegeberufezuständigkeitsverordnung vom 11. September 2018 (GV. NRW. S. 539) in der jeweils geltenden Fassung die erforderlichen Daten einrichtungsbezogen durch Schätzung abschließend und verbindlich fest.

(2) Der Finanzierungsbedarf, der nach § 33 Absatz 1 Nummer 2 des Pflegeberufegesetzes durch die Pflegeeinrichtungen aufzubringen ist, wird im Verhältnis der Zahl der in den jeweiligen Sektoren voll- und teilstationär und ambulant beschäftigten und eingesetzten Pflegefachkräfte zur Gesamtzahl der Pflegefachkräfte auf die Sektoren aufgeteilt. Bei ambulanten Diensten, die neben den Leistungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015) in der jeweils geltenden Fassung auch solche nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482) in der jeweils geltenden Fassung erbringen, wird einrichtungsbezogen nur der prozentuale Anteil der Pflegefachkräfte berücksichtigt, der dem Anteil des von dem Pflegedienst erbrachten SGB XI- Umsatzes am gesamten einrichtungsbezogen erbrachten Umsatz entspricht.

(3) Der auf die einzelne stationäre Einrichtung entfallende Anteil an dem nach Absatz 2 für den stationären Sektor ermittelten Betrag bemisst sich nach dem Verhältnis der nach den geltenden Vergütungsvereinbarungen für die Einrichtung zum 1. Mai des Festsetzungsjahres vorzuhaltenden Pflegefachkräfte nach Vollzeitäquivalenten zu der Gesamtzahl der vereinbarten Pflegefachkräfte nach Vollzeitäquivalenten im stationären Sektor zum selben Zeitpunkt.

(4) Der auf die einzelne ambulante Einrichtung entfallende Anteil an dem nach Absatz 2 für den ambulanten Sektor ermittelten Betrag bemisst sich nach dem Verhältnis der in den zwölf Monaten vor dem 1. Januar des Festsetzungsjahres von der jeweiligen Einrichtung nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch abgerechneten Punkte des einzelnen ambulanten Dienstes zur Gesamtzahl der abgerechneten Punkte im sektoralen Leistungsbereich für diesen Zeitraum. Soweit der ambulante Dienst nicht nach Leistungskomplexen abrechnet, sondern eine Abrechnung anhand von mit den Pflegekassen vereinbarten Zeitwerten vornimmt, wird anhand des ermittelten Umsatzes, der durch die Zeitvergütung erwirtschaftet wurde, und des mit den Pflegekassen individuell vereinbarte Punktwertes, eine fiktive Punktzahl ermittelt, anhand derer der Umlagebetrag nach Satz 1 berechnet wird. Ist mit dem ambulanten Dienst kein individueller Punktwert vereinbart, wird der Ermittlung der fiktiven Punktzahl ein landesdurchschnittlicher Punktwert zugrunde gelegt. Nutzt ein ambulanter Dienst beide

Abrechnungssystematiken, wird die fiktive Punktzahl den für die Leistungskomplexe abgerechneten Punkten hinzugerechnet. Hausbesuchspauschalen und Leistungsfälle der intensivpflegerischen Versorgung werden nicht berücksichtigt.

§ 6
Ausbildungsbeginn

Als Zeitpunkt für den Beginn der Ausbildung in Nordrhein-Westfalen wird der 1. Januar 2020 festgelegt.

§ 7
Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Berichtspflicht

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft und am 31. Dezember 2029 außer Kraft.

(2) Das für die Pflegeberufe zuständige Ministerium berichtet der Landesregierung erstmals bis zum 30. April 2022 und danach alle zwei Jahre über die Notwendigkeit des Fortbestehens der in § 2 Satz 1 getroffenen Regelung.

Düsseldorf, den X. Monat 2019

Der Minister für
Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Karl-Josef L a u m a n n

Begründung

Allgemeiner Teil

Das bundesrechtliche Pflegeberufegesetz überlässt bei einer Vielzahl von Regelungen die nähere Ausgestaltung den Ländern. § 4 des Landesausführungsgesetzes Pflegeberufe enthält entsprechende Verordnungsermächtigungen.

Das für die Pflegeberufe zuständige Ministerium macht von den Verordnungsermächtigungen in der vorliegenden Verordnung zur Durchführung des Pflegeberufegesetzes in Nordrhein-Westfalen Gebrauch. Mittels der getroffenen Regelungen und Vorgaben wird für wesentliche Teilbereiche bei der Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung auf Landesebene Rechtssicherheit geschaffen.

Besonderer Teil

Zu § 1:

§ 7 des Pflegeberufegesetzes regelt die Durchführung der praktischen Pflegeausbildung. Nach § 7 Absatz 5 Satz 1 des Pflegeberufegesetzes bestimmt sich die Geeignetheit von Einrichtungen zur Durchführung von Teilen der praktischen Ausbildung nach den jeweiligen landesrechtlichen Regelungen. Nach dieser Vorgabe bestimmt das Land in § 1 der Verordnung zur Durchführung des Pflegeberufegesetzes in Nordrhein-Westfalen die entsprechenden geeigneten Einrichtungen.

Mit Inkrafttreten des Pflegeberufegesetzes und der Umsetzung der generalisierten Ausbildung wird ein erhöhter Bedarf an Einrichtungen einhergehen, in denen beispielsweise Einsätze in der Pädiatrie durchgeführt werden können. Gleichzeitig sind die Kapazitäten in den klassischen Einsatzbereichen wie den Kinderkliniken oder den Kinderstationen begrenzt.

Ziel ist es, die Durchführung der praktischen Ausbildung und die notwendigen Einsätze in den jeweiligen Bereichen landesweit sicherzustellen. Mit den in § 1 getroffenen Regelungen wird die Durchführung der praktischen Ausbildung in allen Regionen in Nordrhein-Westfalen unterstützt. Durch die Bezugnahme in § 1 der Verordnung auf die Anlagen der Pflegeberufeausbildungs- und Prüfungsverordnung wird gewährleistet, dass in den Einrichtungen die in den Anlagen geregelten Ausbildungsinhalte vermittelt werden. Auf diese Weise wird die Ausbildungsqualität in den genannten Einrichtungen gesichert.

Zu Absatz 1:

In § 1 Absatz 1 wird durch eine Bandbreite an geeigneten Einrichtungen mit pädiatrischem Pflegebezug ermöglicht, dass ein angemessenes Spektrum an Einrichtungen für die praktischen pädiatrischen Ausbildungsanteile zur Verfügung steht.

Zu Absatz 2:

In § 1 Absatz 2 werden geeignete Einrichtungen für den Bereich der allgemein-, geronto-, kinder- oder jugendpsychiatrischen Versorgung bestimmt, um auch für diesen Bereich die Durchführung von praktischen Ausbildungsanteilen zu sichern.

Zu Absatz 3:

Für die Durchführung von Teilen der praktischen Ausbildung in den weiteren Einsätzen werden in Absatz 3 geeignete Einrichtungen aufgezählt.

Zu § 2:

Nach § 9 Absatz 2 Satz 1 des Pflegeberufgesetzes soll die Zahl hauptberuflicher Lehrkräfte zur Zahl der Ausbildungsplätze mindestens einer Vollzeitstelle auf 20 Ausbildungsplätze entsprechen. In Nordrhein-Westfalen sind aktuell deutlich weniger hauptberufliche Lehrkräfte zur Zahl der Ausbildungsplätze an den Altenpflege- und Gesundheits- und (Kinder-) Krankenpflege beschäftigt. Nach den Berechnungen aus der Landesberichterstattung Gesundheitsberufe NRW 2017 (LbG) bestand im Jahr 2018 ein Mangel an hauptamtlichen Pflegelehrenden. Die Gewinnung einer ausreichenden Anzahl an Lehrkräften stellt die vorgenannten Schulen daher bereits aktuell vor Herausforderungen. Diese Situation wird sich durch die Vorgabe in § 9 Absatz 2 Satz 1 des Pflegeberufgesetzes deutlich verschärfen.

Neben dem Ausbau der Studienplatzkapazitäten in der Pflegepädagogik ist die Anpassung der Relation hauptberuflicher Lehrkräfte zur Zahl der Ausbildungsplätze auf 1 zu 25 notwendig, um eine ausreichende Zahl an Lehrkräften für die generalistische Pflegeausbildung zu sichern.

Zu Gunsten der Pflegeschulen regelt das Land daher in Satz 1 für den Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 2029 die Zulässigkeit einer geringeren Anzahl von hauptberuflichen Lehrkräften. Die Zahl der hauptberuflichen Lehrkräfte zur Zahl der Ausbildungsplätze wird für diesen vorübergehenden Zeitraum auf eine Vollzeitstelle zu 25 Ausbildungsplätzen festgelegt.

Zur Sicherung der Ausbildungsqualität wird in Satz 2 die Kursgröße festgelegt. Auf Anzeige einer Pflegeschule gegenüber der zuständigen Bezirksregierung kann eine Kursgröße von bis zu 28 Auszubildenden zugelassen werden.

Zu § 3:

§ 3 regelt die Einzelheiten der Überprüfung der Studiengangskonzepte nach § 38 Absatz 2 des Pflegeberufgesetzes. Die Regelung bündelt im Wesentlichen die Vorgaben aus Teil 3 des Pflegeberufgesetzes sowie aus Teil 3 der Pflegeberufe-Ausbildungs- und -Prüfungsverordnung. Sie erleichtert damit die Überprüfung der Studiengangskonzepte und bietet somit sowohl der zuständigen Landesbehörde im Akkreditierungsverfahren als auch den Hochschulen Rechtssicherheit.

Zu § 4:

Zu Absatz 1:

Das für die Pflegeberufe zuständige Ministerium macht in § 3 der Verordnung von der Möglichkeit des § 38 Absatz 3 Satz 4 des Pflegeberufgesetzes in Verbindung mit § 30 Absatz 5 Pflegeberufe-Ausbildungs- und -Prüfungsverordnung Gebrauch. Nach diesen Vorschriften kann auf Grundlage einer landesrechtlichen Genehmigung ein geringer Anteil der Praxiseinsätze in Einrichtungen durch praktische Lerneinheiten an der Hochschule ersetzt werden.

Zu Absatz 2:

In Absatz 2 Satz 1 werden die Voraussetzungen festgelegt, unter denen im Einzelfall eine Ersetzung von bis zu zehn Prozent der Praxiszeiten erfolgen kann. In Satz 2 werden die Voraussetzungen für die Ersetzung von fünf Prozent der Praxiszeiten genannt. Der Umfang von 5 Prozent der Praxiszeiten richtet sich nach der vom Bundesgesetzgeber genannten Orientierungsgröße von 5 Prozent, die er in der Begründung zu § 38 des Pflegeberufgesetzes angegeben hat.

Durch diese Öffnung können die Hochschulen praktische Ausbildungsanteile in dem vorgegebenen Rahmen beispielsweise über Skills-Labs mit entsprechenden Lehr- und Lernkonzepten gestalten. Hierdurch erhält die Hochschule einen erweiterten Spielraum, den wissenschaftlichen Anspruch der Ausbildungsziele des Studiums, der auch die Praxiseinsätze umfasst, sicherzustellen.

Zu Absatz 3:

Absatz 3 konkretisiert die Anforderungen an den Inhalt des Antrags sowie den Zeitpunkt der Antragstellung.

Zu § 5:

Die Aufteilung des Finanzierungsbedarfs auf die Pflegeeinrichtungen erfolgt gemäß § 33 Absatz 4 PflBG in zwei Schritten. Im ersten Schritt wird der von den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen aufzubringende Anteil am Finanzierungsbedarf auf die

Sektoren „voll- und teilstationär und ambulant“ aufgeteilt. Im zweiten Schritt ist der auf den jeweiligen Sektor entfallende Finanzierungsbedarf auf die einzelnen Einrichtungen aufzuteilen.

Zu Absatz 1:

Erfolgt bis zum 15. Juni des Festsetzungsjahres keine Meldung oder keine vollständige oder liegen aufgrund des Zeitpunktes des Betriebsbeginns keine vollständigen Daten vor, da es sich bspw. um einen neugegründeten Betrieb handelt, stellt die zuständige Stelle nach § 1 PflBZustVO die erforderlichen Daten einrichtungsbezogen durch Schätzung abschließend und verbindlich fest.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 Satz 1 setzt die Vorgabe in § 33 Absatz 4 Satz 3 PflBG um, dass die Aufteilung auf die Sektoren im Verhältnis der in diesen Sektoren beschäftigten Pflegefachkräften erfolgt. Hier wird nur der Anteil der Pflegefachkräfte berücksichtigt. Die häusliche Krankenpflege bleibt außer Betracht und wird weiterhin über das SGB V finanziert.

Zu Absatz 3:

Absatz 3 regelt die Aufteilung der sektoralen Beträge auf die einzelnen stationären Einrichtungen.

Zu Absatz 4:

Absatz 4 regelt die Aufteilung der sektoralen Beträge auf die einzelnen ambulanten Einrichtungen. Die Abrechnungssystematik bezieht sich auf das letzte vollständig abgeschlossene Abrechnungsjahr. Im Übrigen orientiert sich die Regelung an § 8 Absatz 2 AltPflAusglVO.

Zu § 6:

Die Festsetzung auf den genannten Zeitpunkt ist insbesondere zur Sicherung des Umlageverfahrens sachgerecht. Hierdurch kann die fondsverwaltende Stelle die erforderlichen Zahlungsläufe ressourcenschonend aufsetzen sowie die für alle Beteiligten notwendige Planungssicherheit im Hinblick auf die Einzahlungen ins System gewährleisten.

Durch diese Regelung wird die rechtzeitige Zahlung der monatlichen Umlagebeträge durch die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen im Startjahr der neuen Ausbildung garantiert. Der individuelle Ausbildungsbeginn der Einrichtungen bleibt hiervon unberührt.

Zu § 7:

§ 7 regelt das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten der Verordnung, sowie eine Berichtspflicht.